

„Wir brauchen einen intensiveren Austausch zwischen Politikern und Nichtregierungsinitiativen“

DIALOG-Gespräch mit Dietmar Nietan, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband, über die neuen Prioritäten in den deutsch-polnischen Beziehungen

Arkadiusz Szczepański: Sie sind seit 1998 – mit kurzer Unterbrechung – Bundestagsabgeordneter und werden in den kommenden vier Jahren weiterhin dem Bundestag angehören. Wenn Sie auf die heutige Politik und den Politikstil in Deutschland schauen: Welche Veränderungen zum Besseren und Schlechteren fallen Ihnen am stärksten auf?

Mit fällt auf, wie radikal sich unsere Kommunikation durch die Digitalisierung verändert. Dies betrifft sogar die Berichterstattung über die Politik, die immer kurzatmiger wird. Die Schlagzeile war stets wichtig im politischen Journalismus, doch heute dominiert sie noch intensiver das publizistische Geschehen. Das führt dazu, dass in der Politik oft nur noch die Schlagzeile relevant ist – sowohl für den Politiker, der sie produziert, wie für diejenigen, die sie rezipieren. Dabei ist die Hemmschwelle für unüberlegte Formulierungen in den Medien gesunken, es wird viel zu viel auf emotionale Wirkung gesetzt, was sich negativ auf die öffentliche Debatte über Politik auswirkt. Diese permanente Emotionalisierung öffentlicher Debatten – nicht nur in den Sozialen Medien – beeinflusst mittlerweile erheblich die Kommunikation zwischen den Regierungen unterschiedlicher Staaten und das leider nicht zum Guten. Das war 1998, als ich erstmalig in den Bundestag einzog, noch etwas anders.

AS: Die mediale Berichterstattung rund um die Uhr, Nachrichten im Sekundentakt, man muss sich ständig beobachtet fühlen. Das ist nicht gerade sehr förderlich für die alltägliche Arbeit eines Parlamentariers ...

Dem kann ich nur zustimmen. Schlimmer ist es jedoch, wenn jene Politikerinnen und Politiker, die differenzierte Sichtweisen an den Tag legen, medial kaum noch wahrgenommen werden. Für die

Medien haben solche Politiker nicht viel Mehrwert, denn sie generieren keine große Reichweite. Das hat schlimme Folgen für den öffentlichen Diskurs und somit letztlich auf für unsere demokratische Kultur, die zunehmend nur noch von jenen bestimmt wird, die undifferenzierte Meinungen äußern und dadurch zur Polarisierung der Gesellschaft beitragen.

Sie hat sich sehr darum bemüht, vertrauensvolle Beziehungen zu Polen aufzubauen und Polen hatte in Angela Merkel stets einen vertrauenswürdigen Partner, was dennoch den Baustopp von Nord Stream II nicht bewirkt hatte. Tatsächlich haben hier nationale Wirtschaftsinteressen die Oberhand behalten. Es gibt in Deutschland eine Richtlinienkompetenz, die liegt beim Kanzleramt. Wenn Merkel

Das große Netzwerk an bilateral ausgerichteten Institutionen und Privatleuten sollte gebührend gewürdigt und in politische Prozesse einbezogen werden. Gerade kleinere und weniger bekannte Initiativen wurden bislang zu wenig beachtet.

Basil Kerski: Die erwähnten Veränderungen in der Kommunikation und Berichterstattung sind Ergebnis der digitalen Revolution der letzten zwei Jahrzehnte. Politisch wurde dieser Zeitraum in Deutschland, und genauso in Europa, von Angela Merkel geprägt. Welche Bilanz ihrer Kanzlerschaft würden Sie abschließend ziehen? Wie hat sich die deutsche Europapolitik in dieser Zeit entwickelt?

Meiner Meinung nach wissen die meisten, die ihre Kanzlerschaft verfolgt haben, dass Angela Merkel eine überzeugte Europäerin ist; sie hat bei den zahlreichen Verhandlungen während ihrer Amtszeit jedes Mal viel Geduld an den Tag gelegt, um Europa voranzubringen. Auf der anderen Seite hat sie immer dann, wenn zwischen nationalem und EU-Interesse abgewogen werden musste, stets die deutschen Interessen favorisiert. Das ist natürlich kein Vorwurf. Bei der Eurokrise hat sie Mitgefühl für die süd- und südosteuropäischen Staaten gezeigt, aber am Ende ist sie Wolfgang Schäuble bei seiner Austeritätspolitik gefolgt. Nehmen wir ein weiteres Beispiel:

den Pipelinebau hätte stoppen wollen, so wäre die Richtlinienkompetenz ein wirksames Instrument dafür gewesen.

Angela Merkel hat zwar eine aufrichtige Politik betrieben, um die EU zusammenzuhalten, wenngleich fortwährend unter der Prämisse, dass dabei keine deutschen Anliegen zu Schaden kommen. Der Zusammenhalt der EU war für sie schlussendlich nur dann sinnvoll, wenn er mit deutschen Interessen vereinbart werden konnte. Das hat Folgen nach sich gezogen, etwa im Verhältnis zu den mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten, zum anderem insbesondere zu Frankreich. Merkel hat eine progressivere Entwicklung der EU nicht beflügelt. Erinnern wir uns nur an die vielen Avancen von französischer Seite, um gemeinsam mit Deutschland neue Impulse für die EU zu setzen, die von Angela Merkel letztlich nicht aufgenommen wurden. Im Endeffekt hat Merkel die Einheit Europas einerseits nicht den deutschen Interessen geopfert, andererseits nicht die deutschen Interessen der Einheit Europas.

BK: Das ist eine interessante Beobachtung, die Bundeskanzlerin wollte die europäische Integration voranbringen, hat aber im Zweifel auf nationale Interessen gesetzt. Oft blieb es unklar, in welche Richtung sie eigentlich wollte, wie die nationale Perspektive mit der europäischen hätte zusammengeführt werden können ...

Das Konstante an ihrer Kanzlerschaft war ihre Ambivalenz, allerdings sollte betont werden, von welcher hohen Regierungskunst ihr Politikstil zeugte. Sie wird nämlich nicht als diejenige in Erinnerung bleiben, die knallhart deutsche Interessen umgesetzt hat. Ihre abwägende, zurückhaltende Art war eben bei vielen Konfliktthemen von enormem Vorteil. Denken wir an den innereuropäischen Konflikt um die Rechtsstaatlichkeit in Polen. Es war Merkel, die in stoischer Manier die Emotionen rund

ja keiner mehr geglaubt, aber er hat sein Versprechen eingelöst. Genau das wird der Unterschied sein: Er will nicht nur gut regieren – das hat Angela Merkel ebenso geschafft –, sondern er hat überdies eine Agenda, eine Idee für das Land, die er Schritt für Schritt umsetzen wird ...

BK: Wie steht es um die Herausforderungen, die für alle Europäer besonders wichtig sind? Wo könnte die neue deutsche Regierung etwas mehr wagen, um der EU neue Impulse zu verleihen?

Alle drei Regierungsparteien sind sehr daran interessiert, die EU voranzubringen, etwa im Bereich der Sicherheitspolitik und der Schaffung einer europäischen Armee. Hier wird die Ampelkoalition beharrlicher sein als ihre Vorgängerregierung. Ansonsten werden die Beziehungen zu Russland sicherlich

Frage wird früher oder später laut, wie determiniert die neue deutsche Regierung sein wird, um dies in die Tat umzusetzen, auch und gerade gegen Widerstände aus den eigenen Reihen sowie der Öffentlichkeit. Hier steht die Bewährungsprobe noch aus.

BK: Für unseren Leserkreis sind die deutsch-polnischen Beziehungen natürlich von besonderem Interesse. Sie sprechen sich seit Langem dafür aus, Polen sollte in der deutschen Politik einen größeren Stellenwert einnehmen. Was würden Sie der neuen Regierung in diesem Punkt empfehlen?

Ich wünsche mir, dass der Beitrag der mitteleuropäischen Länder, insbesondere Polens, zur Ideen- und Freiheitsgeschichte Europas stärker in Deutschland wahrgenommen wird, etwa der Solidarność-Bewegung und ihres Einflusses auf den Fall des Eisernen Vorhangs. Das hat letztlich nicht nur die deutsche, sondern gleichermaßen die europäische Wiedervereinigung ermöglicht. Des Weiteren sollte die neue Regierung deutlich machen, wie fest die Verantwortung für die deutsche Vergangenheit in der Politik verankert ist, gerade im Hinblick auf die deutschen Verbrechen in Polen während des zweiten Weltkrieges. Es bedarf richtiger Signale der Wertschätzung gegenüber Polen. Und diese Wertschätzung sollte an europäische Ideale angelehnt sein, an europäische Werte, die Polen und seine Geschichte maßgeblich mitgeprägt hat. Es geht nicht darum, der gegenwärtigen Regierung in Polen genehm zu sein, den von ihr betriebenen Abbau der Rechtsstaatlichkeit zu ignorieren, sondern darum, Polen als Gesellschaft jenseits der Politik stärker in den Blick zu nehmen, Verständnis für die Mentalität unserer Nachbarn zu entwickeln. Vielleicht würde dann in Deutschland auf politischer und medialer Ebene nicht dauernd so voreilig der Zeigefinger auf Polen gerichtet werden, weil beispielsweise angesichts anderer geschichtlicher Erfahrungen der Patriotismus dort eine viel stärkere gesellschaftliche Rolle spielt als in Deutschland.

Was die politischen Beziehungen betrifft so können deutsche Annäherungsversuche immerhin nur dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn sich die polnische Regierung für selbige öffnet. Wenn die polnische Regierung weiterhin für innenpolitische Zwecke die antideutsche Karte zückt, regierungsnahen Medien Deutschland als Hegemon Europas darstellen, und generell keine Basis für

Die Kompetenz der Zivilgesellschaft sollte stärker gebündelt und nach außen sichtbar gemacht werden, was einer Unterstützung seitens der Regierung bedarf.

um das Thema abkühlte, immer wieder zum Dialog aufrief.

Das, was wir heute bereits als „Methode Merkel“ bezeichnen, das Aussitzen von Konflikten, war nicht nur für die EU-Politik der Kanzlerin charakteristisch, sondern auch in der Innenpolitik. Sie agierte stets als Moderatorin, griff nur selten in Konflikte zwischen einzelnen Ministerien ein, sprach selten ein Machtwort. Sie benahm sich eher wie eine Bundespräsidentin, denn eine Kanzlerin. Und gleiches galt für die EU: Sie trat fast schon wie die Kommissionspräsidentin auf, nicht als eine der 27 Regierungschefs. Sie hat wenig Fehler gemacht, dafür wiederum keine grundlegenden Reformen gewagt. Deutschland muss heute in vielen Bereichen nachziehen, die Zeit des Biedermeiers ist vorbei.

AS: Welche Weichenstellungen in Sachen EU- und Außenpolitik stehen uns mir der neuen Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz bevor?

Olaf Scholz wird ein ambitionierter Kanzler sein und sich nicht damit begnügen, lediglich ein gutes Bild nach außen zu vermitteln. Das hat er bereits mit seiner Hartnäckigkeit als Finanzminister bei den Verhandlungen der G-20 zur Einführung einer globalen Mindeststeuer 2021 gezeigt. An die Einführung hatte

neu justiert. Die hybriden Angriffe der Russischen Föderation gegen die EU waren zumindest Thema beim Wahlkampf, da haben FDP und Grüne deutlich selbstbewusstere Reaktionen gefordert. Dies wird sich im nunmehr grünen Außenministerium durchaus widerspiegeln. Wir dürfen gewiss davon ausgehen, dass unter einem FDP-Finanzminister eine verlässliche und disziplinierte europäische Finanzpolitik angestrebt wird. Meines Erachtens wird es mit der neuen, erstmalig in dieser Konstellation bestehenden Regierung zu neuen Aufbrüchen auf nahezu allen politischen Feldern kommen. Ungeachtet dessen sollten wir keine revolutionären Veränderungen erwarten. Es ist schon fast deutsche Staatsräson geworden, in der Außen- und Europapolitik auf Kontinuität zu setzen. Die Akzente werden trotzdem anders verlagert werden.

AS: Wie steht es um die transatlantischen Beziehungen? Zeichnen sich neue Akzente in der deutsch-amerikanischen Partnerschaft ab?

Sicherlich wird eine enge Kooperation mit der Biden-Administration angestrebt. Alle drei Koalitionspartner wollen bekräftigen, Deutschland sei ein verlässlicher Partner für die USA in Europa, der mehr Verantwortung übernehmen könne. Die

einen Dialog hergestellt wird, dann sollten wir uns keine Illusionen darüber machen, dass die deutsch-polnischen Regierungsbeziehungen eine neue, positive Wendung erfahren. Aber nochmals: Wenn die neue deutsche Regierung aufrichtiges Interesse an Polen, seiner Geschichte und der Gesellschaft zeigt, so wird es der polnischen Regierung und ihren Medien zunehmend schwerfallen, antideutsche Ressentiments zu schüren. Dies ist der Weg, den ich der Regierung Scholz ans Herz legen würde.

BK: Wir sollten bei dem Thema Rechtsstaatlichkeit einen Aspekt nochmals unterstreichen. Die Medaille hat zwei Seiten. Bei dem Konflikt geht es einerseits um die Glaubwürdigkeit der EU, andererseits um den Zustand der Demokratie in Polen. Für viele Polinnen und Polen ist die EU-Mitgliedschaft eine Garantie für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit. Das wird in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle spielen, nämlich nicht nur um die Funktionsfähigkeit der EU aufrechtzuerhalten, sondern um ihre Werte zu verteidigen. Die polnische PiS-Regierung hat bereits ein Freund-Feind-Schema etabliert: Die EU, das sind die anderen, versus wir, die Polen. Die europäische Verantwortung wird von der PiS-Propaganda aus der polnischen Identität eliminiert. Das ist eine neue, gefährliche Manipulation. Polen und Europa – das war in den letzten Jahrzehnten eine Gemeinsamkeit für die allermeisten Polinnen und Polen.

Dem Streit der polnischen Regierung mit der EU liegt eine irrationale Logik zugrunde. Der Drang zum Machterhalt, die Bereitschaft, bis zum Äußersten auf die Barrikaden zu gehen, einen hohen wirtschaftlichen und politischen Preis und jeglichen Kollateralschaden in Kauf zu nehmen, nur um eine Zwangstransformation Polens nach Parteideologie durchzuführen, führt zu einer politischen Schizophrenie: Eine Regierung, die behauptet, für die polnische Souveränität zu kämpfen, wie kein anderer, gefährdet Polens Souveränität wie kein anderer.

Was meine ich damit? Die Verstöße der PiS-Regierung gegen die Rechtsstaatlichkeit – einem Grundpfeiler unserer europäischen Wertegemeinschaft – zusammen mit einem aggressiven Kurs gegen die EU Institutionen destabilisieren die EU erheblich. Trotzdem kann Polens Souveränität in einer globalisierten Welt von keiner nationalen Regierung alleine verteidigt werden, sondern nur innerhalb der EU zusammen mit den 26 anderen Mitgliedsstaaten.



Zygmunt Januszewski

Denn die EU ist ein kollektives Sicherungssystem, das die Autonomie der europäischen Völker zusätzlich stärkt. Indem die polnische Regierung dieses kollektive Sicherungssystem namens EU angreift, schlägt sie gegen eine wichtige äußere Schutzhülle Polens, die die nationale Souveränität gegenüber Bedrohungen wie etwa Putins Russland beschützt. Das Fatale ist: Die PiS-Regierung scheint bereit zu sein, diese Schutzhülle zu durchlöchern. Im Kreml müssen gerade die Sektkorken knallen. Wladimir Putin verfolgt das Ziel, die EU als eben jenes kollektive Sicherungssystem zu destabilisieren, damit es seine Wirkungskraft verliert. Und die polnische Regierung hilft dem Kreml mit ihrem derzeitigen Verhalten dabei auf eine sehr effektive Weise.

Ich denke, diese Debatte müssen wir in Europa jetzt offen führen, in politischen, intellektuellen und zivilgesellschaftlichen Kreisen. Denn Polen könnte irreversible Schäden erleiden, unter denen die künftigen Generationen von Polinnen und Polen werden leiden müssen. Es ist wichtig, direkt und bestimmt auf den eklatanten Widerspruch hinzuweisen, in den sich die polnische Regierung verstrickt. Die PiS-Partei stellt sich als die Patriotin dar, die Polen groß machen will. Doch mit ihrer Politik zerstört PiS den Eckpfeiler jenes Hauses, das Polens Souveränität stützt. Das ist das Problem: Ideologische Politik hat Europa im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder ins Verderben gestürzt. Sie ist ein gefährlicher Anachronismus, den es im 21. Jahrhundert zu überwinden gilt.

BK: ... und letztlich zur Entfremdung zwischen zwei Nachbarn führt. In diesem Zusammenhang ist es wichtig auf Initiativen hinzuweisen, die ungeachtet der politischen Lage Brücken zwischen Deutschen und Polen bauen. Birgt der Regierungswechsel in Deutschland die Chance, dass solche Initiativen von der Politik stärker wahrgenommen werden?

Das wünsche ich mir sehr. Wir brauchen einen viel intensiveren Austausch zwischen Politikern und Nichtregierungsakteuren gerade im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen. Das große Netzwerk an bilateral ausgerichteten Institutionen und Privatleuten, die sich um die Freundschaft und guten Beziehungen zu Polen verdient gemacht haben, sollte gebührend gewürdigt und in politische Prozesse einbezogen werden. Gerade kleinere und weniger bekannte Ini-

tiativen wurden bislang zu wenig beachtet. Leider werden auf politischer Ebene in diesem Bereich meist nur große Organisationen und Stiftungen bevorzugt. Das soll kein Vorwurf sein, nur erbringen nach meiner Sicht insbesondere kleinere Vereine und Initiativen enorme Verdienste im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen, Begegnungen zwischen Polinnen und Polen jenseits von Expertenkreisen, und diesen Bereich muss auch die Politik mehr in den Fokus nehmen. Die Kompetenz der Zivilgesellschaft sollte stärker gebündelt und nach außen sichtbar gemacht wer-

len zu den Erstunterzeichnern dieser Initiative.

Abgeordnete aus SPD, CDU, Grünen und FDP nahmen im Bundestag diesen Impuls aus der Zivilgesellschaft zum Anlass für eine gemeinsame Initiative. Ziel war es, das Projekt umfassender auszugestalten, damit es der Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen gerecht würde. Der Bundestagsbeschluss sieht deshalb nicht alleine ein Denkmal im klassischen Sinne vor, sondern einen „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“. Die inhaltliche Grundlage für solch einen Ort wurde in den vergan-

keit bekannt. Das ist ein Erfolg historischer Aufarbeitung. Weitgehend unbekannt ist indessen der Prozess der Annäherung, Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies ist eine großartige kulturelle Leistung, die Polens und Deutschlands Demokratie hervorgebracht und gestärkt hat. Dies ist ein Bereich, der heute unterbeleuchtet, der dennoch für die Zukunft ganz wichtig ist. Bei dem geplanten „Polen-Denkmal“ fehlt aus meiner Sicht diese Perspektive. Ich befürchte, dort wird sehr stark der Fokus auf das gesetzt, was uns getrennt hat, und weniger auf die mutigen Initiativen, die uns zusammengebracht haben. Wäre es nicht fatal, wenn solch ein Projekt sich nur auf den Tiefpunkt der bilateralen Beziehungen bezöge?

Den Schwerpunkt des Dokumentationszentrums wird natürlich der Zeitraum 1939-1945 bilden, aber nicht 1945 aufhören. Das heutige freie Europa ist ohne Polen nicht denkbar, aber auch nicht ohne die deutsch-polnische Versöhnungsgeschichte.

Ein Erinnern, das am 1. September 1939 beginnt und am 8. Mai 1945 aufhört, würde den Opfern nicht gerecht werden. Es gab eine Geschichte vor 1939 und die nach 1945. Die Teilungen Polens, der preußische Antipolonismus, der Antisemitismus – all das sollte Teil des Narratives einer künftigen Ausstellung im „Ort des Erinnerns“ werden, denn es gab eine „antipolnische Geschichte“ schon vor dem deutschen Faschismus. Den Schwerpunkt des Dokumentationszentrums wird natürlich der Zeitraum 1939–1945 bilden, allerdings nicht mit 1945 aufhören.

Das heutige freie Europa ist ohne Polen nicht denkbar, aber auch nicht ohne die deutsch-polnische Versöhnungsgeschichte. Diesen Weg zu zeigen – von der Ostdenkschrift der EKD, dem Brief der polnischen Bischöfe, Kniefall Willy Brandts bis hin zur Solidarność-Bewegung, dem Ende der europäischen Teilung, der EU-Erweiterung von 2004 bis in die heutige Zeit – wäre enorm wichtig. Für mich grenzt es – angesichts des unermesslichen Leids, welches Deutschland über Polen im 20. Jahrhundert gebracht hat – an ein Wunder, dass Deutsche und Polen unabhängig von der politischen Großwetterlage einander zunehmend vertrauen, sich als Freunde verstehen und zu guten Nachbarn geworden sind.

Mit Dietmar Nietan sprachen
Arkadiusz Szczepański und Basil Kerski.

den, was einer Unterstützung seitens der Regierung bedarf.

BK: Eine bedeutende Initiative ist der vom Bundestag beschlossene „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“. Sie waren maßgeblich an diesem Bundestagsbeschluss beteiligt. Sie sind schon lange Bundestagsabgeordneter und engagieren sich seit vielen Jahren für eine würdige Erinnerung der deutsch-polnischen Geschichte in Deutschland. Wie ist die die Genese des „Polen-Denkmal“?

Die Diskussion über ein „Polen-Denkmal“ wird im Parlament überparteilich seit mehr als zehn Jahren geführt. Ich erinnere mich noch an Gespräche, die Markus Meckel und ich vor Jahren mit dem damaligen Botschafter Polens Jerzy Margański geführt haben. Damals überlegten wir, ob das „Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten“ im Volkspark Friedrichshain nicht umgebaut werden könnte zu einem Denkmal, das Polens Kampf um die Freiheit für Europa hervorheben würde. Dann folgte eine Initiative des ehemaligen Direktors des Deutschen Polen-Instituts Prof. Dr. Dieter Bingen und Florian Mausbach, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, die das Gedenken an die polnischen Opfer der deutschen Gewaltherrschaft der Jahre 1939–1945 in Form eines Denkmals zum Ziel hatte. Zahlreiche prominente Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zäh-

genen Monaten in einem deutsch-polnischen Expertengremium erarbeitet. Wir haben nun die große Chance, einen Gedenkort zu schaffen, der nicht nur ein Museum, sondern lebendig sein wird, Begegnungen und thematische Veranstaltungen ermöglicht und einen Bildungsauftrag wahrnimmt. Es soll ein multidimensionales Zentrum entstehen, das wissenschaftliche Expertise mit zivilgesellschaftlichen Kompetenzen in den deutsch-polnischen Beziehungen verbindet. Solch ein Ort wird weit über den rein bilateralen Fokus hinausstrahlen.

AS: Gibt es bereits einen Zeitrahmen, in dem das Projekt umgesetzt werden soll?

Im Koalitionsvertrag wurde konkret festgeschrieben, dass alle drei Regierungsparteien das Vorhaben unterstützen. Ich hoffe sehr, der erste Spatenstich wird noch in dieser Legislaturperiode erfolgen. Das ist ohnehin ein ambitionierter Zeitraum, denn jeder, der schon einmal einen Blick in das deutsche Baurecht geworfen hat, weiß: Solche Projekte können nicht von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden. Darüber hinaus wird der Bund voraussichtlich bald erste finanzielle Mittel bereitstellen, damit die Ideenphase nun in die erste Umsetzungsphase übergehen kann.

BK: Es gibt viele wichtige Gedenkort, die in Deutschland an die Verbrechen der NS-Politik erinnern. NS-Verbrechen werden dokumentiert, sind in der breiten Öffentlich-